



Pet 2-19-15-2124-031103

25335 Elmshorn

Gesundheitsfachberufe

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 20.05.2021 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition werden aufgrund der Coronakrise für Podologen finanzielle Soforthilfen gefordert.

Zu den Einzelheiten des Vortrags der Petentin wird auf die von ihr eingereichten Unterlagen verwiesen.

Die Eingabe war als öffentliche Petition auf der Internetseite des Deutschen Bundestages eingestellt. Es gingen 35 Mitzeichnungen sowie 18 Diskussionsbeiträge ein.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich auf der Grundlage einer Stellungnahme der Bundesregierung wie folgt dar:

Am 5. Mai 2020 ist die "COVID-19-Versorgungsstrukturen-Schutzverordnung (COVID-19-VSt-SchutzV)" vom 30. April 2020 des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) in Kraft getreten, die den Ausgleich COVID-19 bedingter finanzieller Belastungen unter anderem der Heilmittelerbringer regelt.

Die Versorgung mit Heilmitteln hat eine erhebliche Bedeutung für die Heilung von Krankheiten, für die Verhütung ihres Voranschreitens und die Linderung von Krankheitsbeschwerden. Aus diesem Grund gehören die Praxen der Physiotherapeuten,



Ergotherapeuten, Logopäden, Podologen und Ernährungsberatern zu den Einrichtungen des Gesundheitswesens, die unter Beachtung der gestiegenen hygienischen Anforderungen auch während der COVID-19-Epidemie weiterhin geöffnet bleiben.

Dennoch kam es aufgrund des angeordneten Kontaktverbotes vermehrt zu Terminabsagen von Patientinnen und Patienten und zu rückläufigen Neuverordnungen durch die behandelnden Ärztinnen und Ärzte. Hierdurch haben viele Heilmittelerbringer erhebliche Umsatzeinbußen zu verzeichnen. Um zu verhindern, dass Praxen aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen werden müssen und um die Versorgung der Versicherten mit Heilmittelleistungen sicherzustellen, erhalten die zugelassenen Heilmittelerbringer eine einmalige Ausgleichszahlung für die Monate April bis Juni 2020. Diese beträgt 40 Prozent des Vergütungsvolumens, das der jeweilige Leistungserbringer im vierten Quartal 2019 mit den Krankenkassen für erbrachte Heilmittelleistungen abgerechnet hat. Dabei wird die Bruttovergütung herangezogen, weil auch die durch die Versicherten geleistete Zuzahlung Einkommen der Heilmittelerbringer darstellt.

Die Heilmittelerbringer konnten im Zeitraum vom 20. Mai 2020 bis zum 30. Juni 2020 bei der für sie zuständigen Arbeitsgemeinschaft für die Zulassung die Ausgleichszahlung beantragen. Voraussetzung für die Ausgleichszahlung war das Vorliegen einer gültigen Zulassung für die Erbringung von Heilmittelleistungen für Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung zum Zeitpunkt der Antragsstellung. Das Nähere zum Antragsverfahren hat der Spitzenverband Bund der Krankenkassen in seiner Durchführungsbestimmung geregelt.

Damit auch solche Patientinnen und Patienten behandelt werden können, die zu den Risikogruppen gehören oder bei denen nicht vollständig auszuschließen ist, dass sie mit dem Coronavirus infiziert sind, benötigen auch Heilmittelerbringer Mund-Nasen-Schutz, Einmalhandschuhe und Desinfektionsmittel und gegebenenfalls auch Schutzmasken. Soweit die Bundesländer sie nicht dabei unterstützen, müssen sich Heilmittelerbringer diese Materialien selbst beschaffen. Aus diesem Grund sieht die COVID-19-VSt-SchutzV



vor, dass die Heilmittelerbringer für die Kosten erhöhter Hygienemaßnahmen eine Pauschale in Höhe von 1,50 Euro je Verordnung im Zeitraum vom 5. Mai 2020 bis zum 31. Dezember 2020 gegenüber den Krankenkassen abrechnen können.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass durch den Bund und die Länder eine Vielzahl von Hilfsprogrammen zur Verfügung gestellt worden sind, die auch von Heilmittelerbringern in Anspruch genommen werden können. Die Förderdatenbank des Bundes bietet unter (www.foerderdatenbank.de) einen Überblick über die derzeit bestehenden Förderprogramme des Bundes, der Länder und der Europäischen Union.

Hinsichtlich des Anspruchs auf Tests auf das Coronavirus können inzwischen auch die Laborkosten für einen Test bei Personen übernommen werden, die keine Symptome aufweisen. So können Tests bei asymptomatischen Patienten entweder im Rahmen der Aufnahme ins Krankenhaus vorgenommen oder sie müssen vom Öffentlichen Gesundheitsdienst nach den Vorgaben der Verordnung zum Anspruch auf bestimmte Testungen für den Nachweis des Vorliegens einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 veranlasst werden. Umfasst werden hiervon beispielsweise Tests bei Kontakten zu Infizierten, bei Infektionsausbrüchen in Kindergärten und Schulen sowie Reihentests in Krankenhäusern und Pflegeheimen. Die gesetzliche Krankenversicherung übernimmt in diesen Fällen die Kosten der Labordiagnostik.

Vor dem Hintergrund des Dargelegten vermag der Petitionsausschuss ein weiteres Tätigwerden nicht in Aussicht zu stellen und empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.